

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
1991 bis 1999
Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/102

Danksagung und Widmung

Die Brandfackel des Unglaubens nennt man gern das Licht der Aufklärung.
Ernst Hähnel (1811-1891, deutscher Bildhauer)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

José Ayala Lasso, André Barmettler, Jens Berger, Wolfgang Birkenfeld, Dieter Blumenwitz, Günter Böddeker, Johannes Bökmann, Robert Conquest, Stéphane Courtois, Alexander Demandt, Hans Dollinger, Alfred Dregger, Hans Ebeling, Jürgen Elsässer, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Benjamin_H. Freedman, Lothar Gassmann, Joachim Gauck, Robert B. Goldmann, Gilbert Gornig, Richard Grill, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Norbert Happ, Stefan Heitmann, Raul Hilberg, Walter Hoeres, Joachim Hoffmann, Martin Hohl-Wirz, Ivo Höllhuber, Janusz Jasinski, Wlodzimierz Kalicki, Eva Kanturková, Ernst-Edmund Keil, Otto Kimminich, Michael Klonovsky, Horst Koch, Michael Kotsch, Rudolf Kucera, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Jiri S. Kupka, Gabriel Laub, Jiri Loewy, Domenico Losurdo, Konrad Löw, Arno Lustiger, Günter Maschke, Francesco Merlino, Christa Meves, Horst Möller, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Ernst Nolte, Geoffrey Parker, Maria Podlasek, Petr Prihoda, Kurt Quadflieg, John Sack, Jutta Scherer, Alfred Schickel, Franz Scholz, Jürgen Schreiber, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Elimar Schubbe, Sigurd Schulien, Eva Schweitzer, Lena Sokoll, Alexander Solschenizyn, Gabor Steingart, Rudolf Ströbinger, Alfred Theisen, Wolfgang Thüne, Ernst Topitsch, Arthur F. Utz, Pavel Verner, Kaspar Villiger, Jan Werner, Renate L. Wertz, Rudolf Willeke, Michael Wolffsohn, Christian Wulff, Peter Wyden, Alfred Maurice de Zayas, Jean Ziegler und Rainer Zitelmann.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

Wer nur halb nachdenkt, der glaubt an keinen Gott; wer aber richtig nachdenkt, der muß an Gott glauben.

Isaac Newton (1643-1727, englischer Naturforscher)

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Es ist unmöglich, daß ein Mensch ohne Religion seines Lebens froh werde.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

Die fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der entsprechenden Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche Geschichte und die Geschichte der jeweils beteiligten Staaten.

Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Die Jahre 1991 bis 1999 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

17.01.1991: Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreien die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und greifen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

25.02.1991: Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschließen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

20.06.1991: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/-237).

27.11.1991: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 1991:

>>An Osteuropas Schulen ist Deutsch gefragt wie nie zuvor

... Überrascht zeigte sich jüngst der französische Präsident Francois Mitterrand als auf der Konferenz über eine europäische Konföderation in Prag die meisten Politiker aus Mittel- und Osteuropa ihre Reden in Deutsch hielten. Allein in diesen Ländern lernen derzeit etwa 12 Millionen Menschen Deutsch. ...

Seit dem Umsturz 1989 ... eröffnet Deutsch den Zugang zu Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur des großen Nachbarn in der EG. ...<<

11.12.1991: In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Grundlagen der Europäischen Union (EU) sind:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht soll am 7. Februar 1992 unterzeichnet werden und am 1. November 1993 in Kraft treten.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitet die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzt sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

13.12.1991: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 1991:

>>Bonn steht für 75 Milliarden

... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat. ...

Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.

Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

21.12.1991: Elf von 15 Sowjetrepubliken gründen am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösen damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

25.12.1991: Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow tritt am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

31.12.1991: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1991: >>Aufbauhilfe für den Osten

Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<

09.04.1992: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. April 1992 über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>Ungarn entschädigt Deutsche

... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen. Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...<<

02.06.1992: 50,7 Prozent der Dänen stimmen am 2. Juni 1992 im Verlauf einer Volksbefragung gegen die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages.

29.08.1992: Die "Thüringer Allgemeine" berichtet am 29. August 1992: >>Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte

Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich

Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich.

Wolfen, Bitterfeld, Wismut-Region ... Die Liste ökologischer Katastrophengebiete auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ließe sich fortsetzen. Ob Silbersee oder Absetzbecken, der Uranaufbereitung – im Osten Deutschlands ticken ökologische Zeitbomben. Die einen lauter, die anderen leiser. In der Wismut-Region lautlos. Strahlung sieht man nicht. Also ist da auch keine Gefahr. Eine Einstellung, die in einem der einst weltgrößten Uranabbaugebiete der Welt, der sächsisch-thüringischen Wismut-Region häufig anzutreffen ist: "Es wird schon nicht so schlimm sein".

Doch die Schäden, die 40 Jahre Uranförderung und Uranaufbereitung hinterlassen haben, sind immens. Milliarden von Kosten, Milliarden Jahre Verseuchung sind die Bilanz eines strahlenden Abenteuers, das 1946 mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut begann. "Uranabbau um jeden Preis, um das Atommonopol der USA zu brechen", lautete die Devise. Einziger Abnehmer war bis zum 31. Dezember 1990 die UdSSR. Für die in 45 Jahren produzierten 220 Kilotonnen Uran mußten rund 50 Millionen Tonnen Erz aus dem Boden geholt werden. 90 % davon waren Abfall. ...

Besonders die Absetzbecken geben Anlaß zu Sorge. In ihnen lagert ein hochbrisantes Gemisch aus Resten der Erzaufbereitung wie Uran 238 oder Uran 235 mit Halbwertzeiten von etwa 4 Milliarden bzw. 700 Millionen Jahren. Daneben finden sich auch giftige Begleitmetalle wie Arsen und Reste von Schwefelsäure. ...

Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind.

Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.

Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<

06.12.1992: Die Schweizer entscheiden sich am 6. Dezember 1992 per Volksabstimmung

gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

01.01.1993: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger kann sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hat und krankenversichert ist.

20.01.1993: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Januar 1993: >>>6,8 Milliarden weg

Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<

10.02.1993: Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schreibt am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<

18.05.1993: 51,8 Prozent der Dänen stimmen am 18. Mai 1993 für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.

28.05.1993: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

12.10.1993: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe weist am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigt die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

18.10.1993: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (42/1993) berichtet am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>Neues vom Turmbau zu Babel

Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.

Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten. ...<<

01.11.1993: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt am 1. November 1993 in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).

Dezember 1993: Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meint die polnische Historikerin Prof. Krysztyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteuropa (x309/102-103): >>... Nach im Jahr 1996 durch-

geführten Meinungsumfragen wußte die Hälfte der Befragten – bei den unter 24-Jährigen sogar 59 Prozent – überhaupt nichts von einer Vertreibung der Deutschen. Eine Hälfte der "wissenden" Befragten sah in der Vertreibung "eine gerechte Strafe", die andere Hälfte hielt sie jedoch für ein "Unrecht an der deutschen Zivilbevölkerung, die dieses Land seit Jahrhunderten bewohnte. ...

Andere Staaten dagegen haben die Vertreibung als Verbrechen anerkannt und sich entschuldigt, einige haben sogar eine – mehr oder minder symbolische – Entschädigung bezüglich des enteigneten Vermögens beschlossen.

Vorreiter war Ungarn, wo das Parlament am 7. April 1992 das "Zweite Gesetz über die teilweise Entschädigung von zu Unrecht vom Staat den Staatsbürgern zugefügte Eigentumsschäden" verabschiedete. In diesem Zusammenhang sind noch zu nennen: Rumänien, Kroatien, Estland und Lettland.<<

31.03.1994: Ungarn beantragt am 31. März 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

05.04.1994: Polen beantragt am 5. April 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

14.06.1994: Die EU unterzeichnet am 14. Juni 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Ukraine.

27.08.1994: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. August 1994: >>"**Russen hinterlassen teure Altlasten**"

Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

01.09.1994: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. September 1994: >>**Die Russen gehen**

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...

Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen. ...

Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten.

Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an: Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 1. September 1994 über **Krebs-erkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln"**: >>**Rentenansturm bei Wismut**

... Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.

HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen. Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-

Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Untersuchungen. ...<<

28.11.1994: Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnt die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

1994: Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtet im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...

1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

01.01.1995: Finnland, Österreich und Schweden treten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßt jetzt 15 Mitglieder.

24.01.1995: Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schreibt am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergelkettet ...**

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. ... Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht. ...

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Kollektivschuld (x309/102): >>... Es gibt keine Kollektivschuld. Der Gedanke der Kollektivschuld ist, wie der britische Denker und Verleger Victor Gollancz treffend feststellte, 'ein unsinniger, unliberaler, antichristlicher, beklagenswert nazistischer Gedanke'.

Schuld ist - wie Unschuld – persönlich und nicht kollektiv. Darum kann das Prinzip einer Kollektivschuld auf die Vertreibung so wenig wie auf den Krieg angewandt werden. Auch die jahrzehntelangen Debatten um die Schuldanteile ganzer Länder am Ersten oder am Zweiten Weltkrieg gingen insofern grundlegend fehl: Sinnvoll und beantwortbar ist stets nur die Frage nach den Schuldanteilen einzelner Akteure. ...

Das Prinzip der Unschuldsvermutung gehört zu den Minima der Rechtsstaatlichkeit. Es besteht jedoch sicherlich eine kollektive Sittlichkeit, die uns alle zu humanem Umgang miteinander verpflichtet. Die Sanktionierung einer angeblichen Kollektivschuld ist dagegen 'nicht Strafe, sondern Rache', wie Václav Havel völlig zu Recht festgestellt hat.<<

05.02.1995: Erzbischof Johannes Diba beklagt im Bistumsblatt vom 5. Februar 1995 die unangemessene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x268/119): >>... Es ist uns gesagt worden, "nach Auschwitz" könne man nicht mehr an Gott glauben, ja nicht mehr beten. Ich würde eher umgekehrt reagieren: Auschwitz hat uns gezeigt, wohin die Menschen gelangen, wenn sie Gott und seine Gebote verachten und ihren eigenen Willen zum absoluten Gesetz erheben. ... Der Gottesverachtung folgt die Menschenverachtung. Das ist die ewige Lektion, die Auschwitz uns lehrt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt später über das krankhafte Schuldbewußtsein der Deutschen (x268/223): >>... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen. ...<<

24.02.1995: Vaclav Klaus (von 1993-1997 Ministerpräsident der Tschechischen Republik) hält am 24. Februar 1995 in Hamburg eine Rede über die tschechisch-deutsche Vergangenheitsbewältigung (x154/20): >>... Ich bin der Meinung, daß bittere historische Erfahrungen oder Mißverständnisse in Folge eines einfachen Rezepts oder Schrittes verschwinden können. Für deren Beseitigung ist es vor allem erforderlich, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sich mehr kennenzulernen und in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit zu schauen.

Gerade das hat unser Präsident Václav Havel in seiner Rede in Prag vor einer Woche betont: "Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein. ... Es ist erforderlich, ein für allemal klar zu sagen, was in die Geschichte gehört und als Geschichte behandelt werden sollte. ... Das Einzige, was wir tun können und auch tun wollen, ist uns zu bemühen, diese Geschichte zu begreifen und alles dafür zu tun, daß sie sich nie mehr wiederholt".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die tschechische Vergangenheitsbewältigung (x309/130): >>Auch nach dem Ende der Diktatur ist in den Vertreiberstaaten Osteuropas von einem Sinneswandel nicht allzu viel zu spüren. Dazu ein tschechisches Beispiel.

Auf einem Feld im südmährischen Pohrlitz zum Beispiel konnte man an der unterschiedlichen Farbe der jungen Saat die Lage von Massengräbern erkennen, in denen Opfer des Todesmarsches der Brüner Deutschen vom Frühjahr 1945 liegen. Über einem Teil der Gräber errichtete man in den 70er-Jahren landwirtschaftliche Gebäude – dem Vernehmen nach Kuhställe. 1994 mußten die letzten Gräber einer Schnellstraße weichen; die Toten wurden auf Kosten des österreichischen Schwarzen Kreuzes nach Drasenhofen/Niederösterreich verfrachtet. Und so folgte der Vertreibung der Lebenden die Vertreibung der Toten. ...<<

08.03.1995: Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwirft am 8. März 1995 die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität.

In der Urteilsbegründung heißt es u.a., daß die kollektive Bestrafung (Benesch-Dekret Nr. 108; Konfiskation feindlichen Vermögens) der Sudetendeutschen aufrecht erhalten werden müsse.

Dieses Gerichtsurteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes bestätigt, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50). Das Gericht sieht im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schreibt später über das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes in Brünn vom 8. März 1995 (x151/44): >>... Die Brüner Entscheidung spiegelt die Unversöhnlichkeit wider, die in der tschechischen Gesellschaft vorzuherrschen scheint. Die Entscheidung des Brüner Gerichts sowie die Reaktionen der tschechischen Bevölkerung zeigen, daß Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch der Respekt vor dem Völkerrecht gehört, in der Tschechischen Republik noch nicht ausreichend verankert sind.

Der tschechische Staat muß die Kraft aufbringen, sich in politischen Äußerungen vom Unrecht der Vertreibung zu distanzieren und in den Entscheidungen seiner Gerichte Konsequenzen aus der Rechtswidrigkeit der Vertreibungen und Enteignungen zu ziehen. Ansonsten wird man der Tschechischen Republik die Reife absprechen müssen, Mitglied in der europäischen Union zu werden.

Ein Staat, der Vertreibungen und Enteignungen ganzer Volksgruppen als legitim betrachtet sowie kollektive Schuldzuweisungen und kollektive Bestrafungen billigt, hat keinen Platz in einem Staatenverbund, der sich "zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bekennt.<<

26.03.1995: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Portugal schaffen aufgrund des Schengener Abkommens am 26. März 1995 die Personenkontrollen an den Binnengrenzen ab.

27.03.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1995: >>**Es bleibt das Gefühl des Verrats**

... Der Landesverband rief - und sie kamen zu Tausenden zur Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV), ... um an "50 Jahre Flucht und Vertreibung" zu erinnern. Die Fahnen der Landsmannschaften in den Händen, mit Chören und Gesang gedachten die überwiegend alten Menschen dem Verlust ihrer Heimat und dem erlittenen Unrecht während der Flucht und Vertreibung am Ende des zweiten Weltkrieges. Der BdV forderte, Vertreibungen nicht als Mittel der Politik zuzulassen und zu ächten.

... Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?", mahnte ein Plakat. "Sie haben Ostdeutschland verraten, die Bonner Demokraten", hieß es auf einem Schild. ...<<

06.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei

für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...<<

13.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...<<

19.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**

... Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."

Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."

Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<

27.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1995: >>**Deutsche sind in ihren Urlaubsländern wenig beliebt**

... Deutsche sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab, landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter. ...

Nur in einem sind sich die anderen Nationen in ihrem Urteil einig über die Deutschen: Man hält sie für überdurchschnittlich tüchtig und umweltbewußt.<<

04.05.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**

Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

06.05.1995: Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltet am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.

In diesen Anzeigen wird die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet (x268/103): >>... (Die Vertreibung der Deutschen war demnach) eine kausale Folge, die bei

jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<

08.05.1995: Der britische Premierminister John Major erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x283/232): >>... Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1914 bis 1945.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über Majors Rede (x283/232): >>... So kann man das sehen, denn der 1914 ausgebrochene Konflikt wurde in den Jahren 1919 bis 1939 nur ausgesetzt, er schwelte unter der Decke weiter. Die 1945 zu beklagenden Verheerungen waren kaum geringer als 1648, aber größer war nach dem Ende des Mordens der Einfluß auswärtiger Mächte auf die innerdeutschen Angelegenheiten. Eine Neuordnung stand an.

Auf mehreren Konferenzen – Casablanca und Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 – entwickelten die siegesbewußten Alliierten Konzepte für die Nachkriegszeit. Am gravierendsten war die von Stalin mit Churchill und Roosevelt vereinbarte Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und die Fixierung dieser neuen Grenze gegen Polen. 14 Millionen Deutsche aus Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verloren ihre Heimat im Land ihrer Vorfahren. Das deutsche Staatsgebiet schrumpfte um ein Viertel gegenüber 1937.<<

22.06.1995: Rumänien beantragt am 22. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

27.06.1995: Die Slowakei beantragt am 27. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

04.08.1995: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek schreibt am 4. August 1995 in der Wochenzeitung "Das Parlament" über die Vertreibung der Deutschen (x309/96): >>... Polen war nicht Subjekt der in Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse über Grenzverschiebungen im Nachkriegspolen. Es wurde selbst zum Objekt, zum Opfer der Beschlüsse.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die polnische Sicht der Vertreibung (x309/96-97): >>Das Gleiche, nur mit anderen Worten, betonte der polnische Ministerpräsident Leszek Miller am 24. Juni 2002 in Bromberg.

Dieses Argument taucht auch in zahllosen anderen Veröffentlichungen auf, ist aber gleichwohl leicht zu wieder legen; denn nicht zu übersehen ist die jahrzehntelange Vorarbeit politischer Ideologen, Politiker und Diplomaten und ihr Drängen bei den Regierungen der Großmächte.

Noch vor der Potsdamer Konferenz forderte der Vordenker des polnischen Drangs nach Westen und Direktor des Posener Westinstituts, Wojciechowski, in Ostdeutschland möglichst schnell vollendete Tatsachen zu schaffen, um eine etwaige Rückgabe dieser Gebiete einen Riegel vorzuschieben. Aufgrund der hastigen Durchführung wird diese erste "wilde Vertreibung" als besonders brutal geschildert. ...

Einer der wenigen, der eine ehrliche Aussage wagte, war der nationaldemokratische polnische Politiker und Publizist Jędrzej Giertych, Großvater des bis 2007 amtierenden polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Roman Giertych:

"Das Postulat (unbeweisbare Forderung) der Westgrenze an Oder und Neiße ist keine sowjetische Erfindung aus dem Jahre 1945, sondern ein seit langem formuliertes Postulat der polnischen Politik. Schon in der Vorkriegszeit wurde es laut von der Nationaldemokratischen Partei erhoben. ... Man muß feststellen, daß die Angliederung der Gebiete bis zur Oder und Neiße keine Polen aufgezwungene sowjetische Lösung war, sondern die Verwirklichung von altbekannten polnischen Nationalpostulaten. ..."

Ein polnisches Standardargument ist auch, daß Vertreibungsverbrechen fast nur, jedenfalls ganz überwiegend, von der Roten Armee und nicht von Polen begangen wurden. So heißt es zum Beispiel in einem für ein Strafverfahren in Schlesien bestimmten Gutachten dreier polnischer Professoren vom 30. November 2004:

"Gewalttaten und Raub wurden hauptsächlich durch sowjetische Soldaten begangen, die sämt-

liche materiellen Güter als Kriegsbeute und die dort angetroffenen Menschen meist als Repräsentanten des besiegten und verbrecherischen Hitlerregimes betrachteten." ...<<

02.10.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 1995 über griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg:

>>**Athen will Reparationen**

... Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

03.10.1995. Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärt am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100):

>>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

28.11.1995: Estland beantragt am 28. November 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

12.12.1995: Litauen beantragt am 12. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

15.12.1995: Der Europäische Rat bestätigt am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

16.12.1995: Bulgarien beantragt am 16. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

1995: Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnert im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

08.01.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**

Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.

Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.

"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

17.01.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmanns Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süssmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen

an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

19.01.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Januar 1996: >>Im Verhältnis zwischen Prag und Bonn knirscht es

... Bundesaußenminister Klaus Kinkel bezeichnete das deutsch-tschechische Verhältnis als "verheerend festgefahren". ...

Der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, warf Tschechien vor: "Prag fordert alles - den völligen Verzicht auf alle Rechte der Sudetendeutschen und dazu deutsche Entschädigungsleistungen - und ist selbst nichts zu geben bereit, nicht einmal eine moralische Distanzierung von der Vertreibung."

Für eine wirkliche Versöhnung sei offenbar in Prag die Zeit noch nicht reif, hieß es weiter.<< Die tschechische Republik beantragt am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

Februar 1996: Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlägt im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<

Der tschechische Schriftsteller Petr Pihoda (1939-2014) berichtet im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 14) im Februar 1996 über das "sudetendeutsche Thema" (x154/5): >>Das 'sudetendeutsche Thema' einschließlich der Vertreibung war in der tschechischen Gesellschaft volle 40 Jahre tabuisiert. Sicherlich wußte die ältere Generation etwas davon, aber sie schwieg sich darüber aus. Die jüngere Generation erfuhr von der Vertreibung kaum etwas. Diese Lücke wurde von der folgenden offiziellen Interpretation ausgefüllt: die Sudetendeutschen verbündeten sich mit Hitler und beteiligten sich somit nicht nur an der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik vor dem Krieg im Jahre 1938, sondern auch an der Okkupation des restlichen Staates im Jahre 1939.

Folglich ging auch der nationalsozialistische Terror der Jahre 1939-1945 auf ihr Konto. Aus diesem Grunde war die Vertreibung nach dem Krieg eine gerechte Strafe und die einzig vernünftige Prävention. ...<<

21.03.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 1996: >>NATO hält an Osterweiterung fest

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

10.05.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Mai 1996: >>Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt. Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. ...

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

20.05.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. Mai 1996 über ein "Schlesiertreffen" in Görlitz und Erfurt: >>**Schlesier fordern Niederlassungsfreiheit**

Ein Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte nach Ansicht der Schlesischen Landsmannschaften an Bedingungen geknüpft werden. ...

Auch der Bund der Vertriebenen forderte bei einem Schlesiertreffen in Erfurt vor rund 1.500 Teilnehmern, Polen und Tschechien die eine Mitgliedschaft in die EU anstrebten, sollten zuvor das Unrecht der Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg anerkennen und sich für ein Überwinden der Folgen einsetzen. ...<<

28.05.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 1996 über ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg: >>**Prag entrüstet über Theo Waigel ...**

Prags Ministerpräsident Vaclav Klaus zeigte sich entrüstet über CSU-Chef Theo Waigel. Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatten Prag aufgefordert, die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht anzuerkennen. Zudem verlangten sie, die Vertriebenen an den Gesprächen über die deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung zu beteiligen, der EU-Beitritt sei "nicht um jeden Preis zu haben". ...<<

10.06.1996: Slowenien beantragt am 10. Juni 1996 den Beitritt zur EU.

06.09.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**

... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.

... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.

Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten.

Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Goldhagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben (was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies). Viele derjenigen, die an den

Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlägt auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

09.09.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. September 1996: >>**Eklat bei Vertriebenen: "Herzog ein Verräter"**

Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...

Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet."<<

29.11.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. November 1996: >>**Weg zur Aussöhnung mit Prag ist frei**

Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...

Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet.

Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<

1996: Hartmut Hausmann berichtet im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde

2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. ...

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmeperiode Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

16.01.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 1997: >>Lebed warnt in Bonn vor einem Dritten Weltkrieg

... Am Mittwoch traf sich der russische Gast unter anderem mit dem CDU/CSU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, mit Joschka Fischer von den Grünen und mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern. Der frühere Kommandant der 14. sowjetischen Armee ("Ich bin nicht liberal, ich bin General") entwarf vor seinen Bonnern Gesprächspartnern ein düsteres Bild von den Zuständen in seiner Heimat. ...

Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind Heuchler." ...

Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<

09.05.1997: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 9. Mai 1997 über die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für den deutschen Arbeitsmarkt (x303/204): >>... Aufgebrachte Bauarbeiter haben gegen "Lohndumping" (geringe Lohnzahlungen zur Ausschaltung der Konkurrenz) protestiert. ...

Über 200.000 Arbeiter aus den EU-Ländern und 30.000 aus osteuropäischen Staaten sind derzeit in Deutschland beschäftigt – gleichzeitig sind 400.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos.

10 Prozent Stammpersonal, 90 Prozent Billiglohnarbeiter – dieses Verhältnis ist fast typisch für die Branche.

Der vorgeschriebene Mindestlohn von 17 Mark pro Stunde wird immer wieder unterlaufen (teils bis zu 4,50 DM Stundenlohn). Ohnehin liegt er deutlich unter dem Tariflohn von 25 Mark (den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verbindlich ausgehandelt haben).

Die Gewerkschaften protestieren gegen die europaweite Umverteilung von unten nach oben.<<

08.07.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>Teures Vergnügen

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. ...

Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.

Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen. ...

Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. ...

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben ...<<

09.07.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.

US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

21.07.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**

In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.

Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Brutto sozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...

Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.

Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<

21.08.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. August 1997: >>**Wir haben kein neues Problem ...**

Rente für osteuropäische Juden: Die Bundesregierung leugnet politischen Druck aus Amerika ...

Am Mittwoch nun ist Rabbi Singer, stellvertretender Vorsitzender der "Jewish Claims Conference", nach Bonn gekommen zu einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Diese Organisation hat schon früher Forderungen von jüdischen Opfern gegen die Bundesregierung vertreten. ...

Der Minister zählt kühl auf, daß Deutschland alles in allem bereits 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung geleistet habe, dabei auch mehr als eine Milliarde an Stiftungen in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. ... "Wir sind in finanziellen Schwierigkeiten, keine Frage." Man werde sich aber, wenn er erst das Kabinett unterrichtet habe, gewiß zu einer einvernehmlichen Lösung durchringen können. ...<<

19.09.1997: Der US-Journalist Robert B. Goldmann schreibt am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.

Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteils kämpfern unterbrochen,

weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

27.09.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. September 1997: >>Deutsche zahlen halbe Milliarde

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

31.10.1997: Der "Rheinische Merkur" berichtet am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

05.11.1997: Die französische Zeitung "Le Figaro" berichtet am 5. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/21-25): >>Eine ungeheuerliche Anklage, ein mit Beispielen und Fakten untermauerter Bericht und eine blutige Bilanz: Gegenstand ist das knappe Jahrhundert kommunistischer Diktaturen in der Welt. ... Der Titel ist nicht willkürlich gewählt. Seit Lenins Machtübernahme im Oktober/November 1917 hat die "bessere Zukunft" weltweit etwa 100 Millionen Menschen das Leben gekostet.

Die Autoren weisen jedoch nachweislich darauf hin, daß der Nationalsozialismus und der Holocaust dadurch in ihrer Einmaligkeit und Grauenhaftigkeit nicht im geringsten in Frage gestellt werden. ...

Das Buch geht einer entscheidenden Frage nach. Über den Nationalsozialismus, die Gaskammern, die Ausrottung der Juden, die 3 Auschwitzlager mit ihrer grauenhaften Vernichtungsindustrie wissen wir heute Bescheid. Keiner kann dies mehr anzweifeln. Warum jedoch weigert man sich immer noch, aus einem Jahrhundert Kommunismus die Bilanz zu ziehen? Warum will man ihn retten? "Was wußte man von den Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum mußte sich erst das Jahrhundert seinem Ende nähern, damit sich die Wissenschaft dieses Themas annimmt?"

Ohne das Massaker allzusehr von der arithmetischen Seite zu betrachten, stellen die Schwarzbuch-Autoren fest, daß "im allgemeinen die Forschung über den stalinistischen und kommunistischen Terror gegenüber den Studien zu den Nazi-Verbrechen gewaltig im Rückstand ist".

An die hundert Millionen Tote, zum Teil mit, zum Teil ohne Grabstätte ...<<

26.11.1997: Die französische Tageszeitung "Sud-Ouest Dimanche" berichtet am 26. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Heute stellt sich bezüglich des Kommunismus in Europa nicht die Frage nach der Anzahl der Opfer, sondern wie Demokraten so lange der kommunistischen Propaganda aufsitzen konnten. Das eigentliche Problem liegt nicht in der Vergleichbarkeit der Verbrechen, sondern darin, daß wir sie nicht sehen wollten ...

Diese Kapazität der Lüge ist die eigentliche Originalität des Kommunismus, im Gegensatz zum Nazismus. Im Namen des Guten schloß man die Augen angesichts der Verbrechen des Kommunismus. ...<<

Januar 1998: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1998 (x853/...):

>>... **Kein Gedenken in Triumph**

1. Vor 150 Jahren - vermutlich Ende Februar 1848 - erschien das "Manifest der Kommunistischen Partei", 23 Druckseiten stark. Es war von eigentümlich aufrührerischer Stoßkraft, großer Selbstsicherheit und jener destruktiven Radikalität, die die Arbeiterfrage als Ausgeburt einer dämonisierten "Klasse" und eines Systems darstellte, die als Ganzes entthront, abgeschafft, vernichtet werden sollten:

Revolution als Lösung, Gewalt als Mittel, Diktatur als Weg, Terror als Bewegungsmittel, Angstmacher, Eroberungswerkzeug zur Macht, als Einschüchterung und Zwang zu deren Erhalt.

Der hochfahrende, pseudoprophetische Ton schien von solchen zu kommen, die alle Brücken hinter sich abgebrochen hatten. Sie bedienten sich - scheinmoralisch - jener Empörung, zu der alle elementar aufgehetzt werden können, denen man Unterdrückung, Ausbeutung, Sklaverei, als ihr Schicksal zusprach. Und so verhiessen sie endgültige Befreiung, klassenlose Gleichheit, Leben nach Bedürfnissen, den "Neuen Menschen", ohne Eigentum, bei abgeschaffter Familie, ohne jene Religion, die als Opium dann nicht mehr gebraucht würde.

Das Ziel war zwar utopisch, wurde aber vielfach - gerade durch den Appell an Umsturz, Subversion, Zersetzung, Verweigerung, und immer - von Anfang an - Terror und Diktatur - als erreichbar suggeriert. Jedes Mittel war dazu ... berechtigt, gerade auch Täuschung, Unterwanderung, Lüge, Erpressung, "Arbeitslager" und schließlich massenhaft Mord. ...

Das "Schwarzbuch" der kommunistischen Verbrechen, in Frankreich kürzlich veröffentlicht - es soll demnächst in Deutschland im Piper-Verlag erscheinen - nennt insgesamt etwa 100 Millionen Tote. Darunter China (65 Millionen Tote), Sowjetunion (20 Millionen Tote), Nordkorea (2 Millionen Tote), Kambodscha (2 Millionen Tote), Afrika (1,7 Millionen Tote), Afghanistan (1,5 Millionen Tote), Osteuropa (1 Millionen Tote) u.a.m.<<

29.05.1998: Die Züricher Zeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 29. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/71-72): >>... Nach dem Sieg von Maos Armee über Tschiang Kai-schek und nach der Staatsgründung von 1949 errichtete die chinesische Führung die berüchtigten "Umerziehungslager" für jene, die den "Erziehungskampagnen trotzten. Aus Mangel an verlässlichen Zahlen ist Margolin weitgehend auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen.

Unter der Annahme, daß jeder zwanzigste Häftling während oder wegen der Haft starb oder umgebracht wurde, gelangt der Autor zur Zahl von 10 bis 20 Millionen Toten. Für die Zeit von 1949 bis zu Maos Tod (1976) rechnet Margolin mit der horrenden Zahl von 44 bis 72 Millionen Opfern, von denen mehr als die Hälfte in der Zeit der Hungersnot starben, also mittelbar an den Folgen der Politik des "Großen Sprungs nach vorn" (1959-62). ...<<

02.06.1998: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/128-129): >>... Über die Frage, ob die Kommunisten für sich in Anspruch nehmen können, die Vision von der besseren, gerechteren Welt zu vertreten, ist in den vergangenen 50 Jahren oft gestritten worden.

Am 11. April 1948 hatte Raymond Aron, der Denker der totalitären Erfahrung unseres Jahrhunderts, in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" eine Antwort parat, für die er seither gehaßt worden ist: "Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie."

Es ist schwer Courtois' und seiner Autoren "Schwarzbuch" zu lesen und sich nicht an den Historikerstreit vor zwölf Jahren zu erinnern. Der Historiker und Faschismusforscher Ernst Nol-

te hatte damals die nationalsozialistische neben die kommunistische Gesellschaftsutopie gestellt und einen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem "Rassenmord" und kommunistischem "Klassenmord" gesehen. ...

Der Frankfurter Soziologe Jürgen Habermas und der Bielfelder Historiker Hans-Ulrich Wehler warfen Nolte und Hillgruber "apologetische Tendenzen" - Verharmlosung des Nationalsozialismus – vor.

Den Vorwürfen folgte eine Kampagne. Nolte wurde von Fanatikern tätlich angegriffen. Hillgruber öffentlich als "konstitutioneller Nazi" beschimpft. Habermas und Wehler haben seither nie etwas zurückgenommen.<<

04.06.1998: Die "Deutsche Tagespost" berichtet am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/200-201): >>... Auch wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" nichts prinzipiell Neues auftischt, es ist ein großes, überaus bedeutsames Werk, die erste tief-schürfende Enzyklopädie der Verbrechen des Kommunismus. Ihr ist weiteste Verbreitung zu wünschen, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, den Courtois klar herausstellt, daß viele "große" und kleine Geister den Massenmördern großen Stils, Lenin, Stalin, Tito, Mao, Pol-Pot bis hin zu Castro gehuldigt, zumindest als "nützliche Idioten" gedient haben.

Gerade Katholiken sollten es wissen und kundtun: Bereits zwei Jahre vor dem Erscheinen des Manifests der Kommunistischen Partei verurteilte Papst Pius IX in der "Enzyklika Qui pluribus" den Kommunismus als eine "abscheuliche Lehre, die in höchstem Grad dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums, ja der menschlichen Gesellschaft führen muß."

Von dieser Betrachtungsweise wurden offiziell keine Abstriche gemacht, vielmehr wurden sie mehrmals ausdrücklich wiederholt ...<<

04.07.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juli 1998: >>**Sejm verurteilt Vertriebenenklärung des Bundestages**

... In ungewöhnlich scharfer Form hat das polnische Parlament am Freitag die Erklärung des Bundestages kritisiert. Die Resolution enthalte "Zweideutigkeiten" und "gefährliche Tendenzen", die nicht unwidersprochen bleiben dürften, heißt es in der nahezu einstimmig angenommenen Entschließung des Sejm weiter. Die Resolution diene "nicht der sich gut entwickelnden Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern".

In seiner mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommenen Erklärung hatte der Bundestag am 29. Mai bekräftigt, daß die Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Bonner Sicht völkerrechtswidrig war. ...

Die Entschließung der polnischen Abgeordnetenkammer spiegelt die wachsende Unruhe in Polen über etwaige deutsche Forderungen nach Rückgabe ihres ehemaligen Immobilienbesitzes wider. Polen sieht die Vertreibung nicht als völkerrechtswidrig, sondern als Resultat der Potsdamer Konferenz der Siegermächte von 1945 an. Die polnischen Grenze und Eigentumsrechte dürften auch bei einem Beitritt des Landes zur EU nicht angetastet werden. ...

In einer ersten Reaktion wies der Bund der Vertriebenen (BdV) die polnische Kritik zurück. Damit habe der Sejm die Vertriebenen praktisch aus dem Versöhnungsprozeß ausgeschlossen, erklärte die BdV-Vorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach. Bundesaußenminister Klaus Kinkel müsse jetzt dazu Stellung nehmen. "Auf diese Weise wird Polen den Weg nach Europa nicht gehen können." Steinbach hatte gegenüber der polnischen Nachrichtenagentur PAP die Entschädigung von Heimatvertriebenen verlangt. ...<<

22.07.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juli 1998 über Spenden für die Oderflut im Jahre 1997: >>**130 Millionen für Flutopfer**

... Rund 130 Millionen DM haben Bundesbürger nach Angaben der Caritas insgesamt für die Opfer der Oderflut in Deutschland, Polen und Tschechien gespendet. ...

Nach Angaben von DRK-Generalsekretär Johann W. Römer wurden rund 10,36 Millionen DM für Hilfsprojekte in Deutschland, 31,48 Millionen DM für Hilfen in Polen und fast 30 Millionen DM in Tschechien verwandt. ...

Die Caritas, die insgesamt 23,1 Millionen DM Hilfe zur Verfügung hatte, gab rund 90 % der Spenden in Polen und Tschechien aus. ...<<

22.08.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<

August 1998: Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtet im August 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ...

"Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können." ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x046/172-174): >>Die Erkenntnisse von Stéphane Courtois ... lassen sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:

1. Die Sowjetherrschaft ist allein durch Massenverbrechen gesichert worden. In den Mittelpunkt einer Analyse des Sowjetsystems ist das Verbrechen zu stellen, das methodische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Lenin und Stalin betrieben die gesellschaftliche und physische Ausmerzung aller derer, die sie als offene oder geheime Gegner ihrer Herrschaft betrachteten.
3. Sie haben das System der Konzentrationslager eingeführt.
4. Und sie haben den Tod von mindestens 25 Millionen Menschen verschuldet. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung.
5. Hitler hat den Weltkrieg ausgelöst, aber die Beweise für die Verantwortung Stalins sind niederschmetternd.

6. Stalin war im Vergleich zu Hitler ein noch größerer Verbrecher. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Damit trifft das SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS die Leninisten-Stalinisten in ihrem Wesenskern. Denn die physische Auslöschung von insgesamt 100 Millionen Menschen, von 25 Millionen allein durch die sozialistische Sowjetmacht, kann nicht mit der Behauptung bemäntelt werden, es habe sich in der Theorie doch um eine "Befreiungsideologie" gehandelt. ...

Sogar das linksideologische Wochenblatt DIE ZEIT kommt daher nicht umhin, seinen mehrseitigen Beitrag zum SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS unter das vernichtende Motto "Der rote Holocaust" zu stellen.

Courtois läßt den Begriff der "Einzigartigkeit", der "Singularität", nicht gelten, denn die Bolschewisten haben für ihn dieselben oder ganz ähnliche Schreckenstaten begangen wie die zu Unrecht heutzutage fast allein noch geächteten "Faschisten". Mochten die Verfahrensarten in mancher Hinsicht auch unterschiedlich gewesen sein, es gibt wie Courtois betont, keine Spezifität (Eigentümlichkeit) des Völkermordes.

Unmißverständlich geht aus dem SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS hervor, daß die Menschheitsverbrechen Lenins und Stalins denen Hitlers nicht nur zeitlich um Jahrzehnte vorausgingen, sondern diese auch in ihren Ausmaßen um ein Vielfaches und teilweise in der Abscheulichkeit der Durchführung noch übertroffen haben. "Was das, leninistische und stalinistische Rußland betrifft", schreibt Courtois, "so gefriert einem das Blut in den Adern". ...<<

07.09.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 1998: >>Vertriebene fordern Entschädigung

Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.

Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

06.11.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. November 1998: >>Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen:

"Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.

Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.

Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutsche Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat. ...<<

21.11.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Streit um Walser-Rede zieht Kreise

Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...

Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.

Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...<<

30.12.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter

In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.

Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

1998: Im Jahre 1998 beträgt die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.

Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<

01.01.1999: Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion tritt am 1. Januar 1999 in Kraft. Der Euro wird zur Währung der elf Teilnehmerländer und neben dem Dollar zu einer neuen globalen Währung. Der Euro wird zunächst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeführt. Banknoten und Münzen kommen erst am 1. Januar 2002 in Umlauf.

13.03.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

24.04.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. April 1999: >>**"Staatsmann des Jahrzehnts"**

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ... Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

26.06.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-

Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie Friedland (Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen) und Berlin, Theodor-Heuss-Platz (Flamme der Vertreibung, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde), existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

20.08.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

31.08.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1999: >>**USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter**

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

August 1999: Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisiert im August 1999 in der Zeitschrift "Mercur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207):

>>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt bereits im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

18.10.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 1999 über die 50. Preisverleihung des Deutschen Buchhandels in Frankfurt: >>"NS-Geschichte lastet auf uns allen"

... Der Friedenspreisträger und US-Historiker Fritz Stern hat die Deutschen aufgefordert, sich weiter ihrer Vergangenheit zu stellen. ...

In seiner Dankesrede sagte der Sohn jüdischer Eltern vor großer Zuschauerprominenz, darunter Bundespräsident Johannes Rau: "Der Nationalsozialismus lastet auf uns allen." ...<<

21.10.1999: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schreibt damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.

Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!

Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<

05.11.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...<<

16.12.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Dezember 1999: >>Schröder und Clinton einig über Entschädigung

... Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:

"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...

Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.

Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden.

Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...<<